

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses

Sitzung: Donnerstag, 13.06.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Frank Flake - SPD

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE

bis 17.10 Uhr

Herr Christoph Bratmann - SPD

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Frank Graffstedt - SPD

Vertretung für: Frau Anne-
gret Ihbe

Frau Beate Gries - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Vertretung für: Herrn Dr.
Sebastian Vollbrecht

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Mathias Möller - FDP

Gäste

Herr Dr. Andreas Goepfert – Städtisches Klinikum BS

Herr Matthias Henze – BS-Energy

Herr Andreas Ruhe - SBBG

Verwaltung

Herr Claus Ruppert - Dezernent II

Herr Christian Geiger - Dezernent VII

Herr Henning Sack – FBL 10

Herr Markus Schlimme – FBL 20

Herr Dr. Bernhard Niehoff – RefL. 0200

Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte

Herr Matthias Heilmann – 20.2
Herr Thomas Pust – RefL. 0300
Herr Wolfgang Polley – FB 50

Personalvertretung

Herr Thomas Meyer – GPR
Herr Andreas Zurek - GPR

Protokollführung

Frau Christiane Schmidt – FB 10
Herr Arne Dressler – FB 20
Herr Nils Roßmann – FB 20

Abwesend

Mitglieder

Frau Annegret Ihbe - SPD	entschuldigt
Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

16 Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

17 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung
vom 09.05.2019

18 Mitteilungen (Personal)

18.1 Personalkostenhochrechnung April 2019 19-11024

18.2 Tätigkeit PPP-Abteilung 19-11072-03

19 Anträge (Personal)

19.1 Saisonkräfte dauerhaft einstellen 19-10847
Antrag der Fraktion DIE LINKE.

19.1.1 Saisonkräfte dauerhaft einstellen 19-10847-01

Stellungnahme der Verwaltung

20	Versetzung eines Beamten in den Ruhestand	19-10950
21	Berufung von 5 Ortsbrandmeistern und von 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis	19-10639
22	Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Einstellungsjahr 2020	19-11045
23	Unterstützende Maßnahmen zur Reduktion der hohen Schwarzwildbestände	19-10597
24	Anfragen (Personal)	
24.1	Sachgrundlos befristete Stellen bei der Stadt und ihren Gesellschaften Anfrage der Fraktion DIE LINKE.	19-10915
24.1.1	Sachgrundlos befristete Stellen bei der Stadt und ihren Gesellschaften	19-10915-01
25	Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)	
26	Mitteilungen (Finanzen)	
26.1	Mündliche Mitteilung: Sachstand zur Grundsteuerreform	
27	Anträge (Finanzen)	
27.1	Stromsperren für Kinder und Kranke verhindern Antrag der Fraktion DIE LINKE.	19-11011
27.1.1	Änderungsantrag zu Stromsperren für Kinder und Kranke verhindern (19-11011) Interfraktioneller Antrag der Fraktionen DIE LINKE., SPD, Bündnis 90-DIE GRÜNEN	19-11066
27.2	Unterstützung der zivilen Seenotrettung Dringlichkeitsantrag der Fraktion P ²	19-11094
28	Änderung der Entgeltordnung über die Tierkörpersammelstelle Braunschweig	19-11082

29	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und des Konzernabschlusses 2018	19-10710
30	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 2018 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates	19-10709
31	Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH Jahresabschluss 2018 - Feststellung	19-10724
32	Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH Jahresabschluss 2018 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	19-10725
33	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	19-10803
34	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH 1. Jahresabschluss 2018 der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG - Entlastung der Geschäftsführung 2. Jahresabschluss 2018 der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG - Verwendung des Bilanzgewinns - Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand	19-10804
35	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und des Konzernabschlusses 2018	19-10636
36	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Jahresabschluss 2018 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	19-10637
37	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-10738
37.1	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-10738-01
37.2	Haushaltsvollzug 2019	19-10738-02

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

38	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2.000 €	19-10707
39	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	19-10708
40	Resolution zur Sicherung der Grundsteuer	19-11109
41	Kindertagesstätte Mitgaustraße 12, 38106 Braunschweig Abschluss eines Mietvertrages zwischen der Nibelungen-Wohnbau-GmbH und der Stadt Braunschweig	19-11004
42	Abschluss eines Erbbaurechtsänderungsvertrages Kita St. Kjeld, Pfingststraße 1 A mit dem Caritas-Verband Braunschweig e. V.	19-10671
43	Wohnquartier Nördliches Ringgebiet Verkauf von Flächen der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	19-11116
44	Anfragen (Finanzen)	
44.1	Bodenvorratspolitik - Welche Behauptung der Verwaltung ist richtig? Anfrage der Fraktion DIE LINKE.	19-10985
44.1.1	Bodenvorratspolitik - Welche Behauptung der Verwaltung ist richtig?	19-10985-01
44.2	Heizen mit Strom Anfrage der Fraktion BIBS	19-11083
44.2.1	Heizen mit Strom	19-11083-01
44.3	Finanzierung der Neuinvestitionen von BS-ENERGY Anfrage der Fraktion BIBS	19-11084
44.3.1	Finanzierung der Neuinvestitionen von BS-ENERGY	19-11084-01

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Gruppe Die Fraktion P², 19-11094 "Unterstützung der zivilen Seenotrettung", vor. Nach Aufnahme des Antrages auf die Tagesordnung legt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Antrag im Finanzteil "Anträge" behandelt wird.

Die Vorlage unter TOP 11 "Besetzung der verwaltungsintern ausgeschriebenen Stelle und Beförderung der Leiterin oder des Leiters des Fachbereichs 50 Soziales und Gesundheit" wird von der Verwaltung zurückgezogen.

Es wird beantragt, den Tagesordnungspunkt 23 „Unterstützende Maßnahmen zur Reduktion der hohen Schwarzwildbestände“ zurückzustellen. Diesem Vorschlag wird zugestimmt. (Abstimmungsergebnis siehe TOP 23).

Ratsherr Bley beantragt die Tagesordnungspunkte 29-36 zu vertagen, da es in der Kürze der Zeit nicht möglich sei, die Prüfungsberichte zu lesen. Der Ausschussvorsitzende weist noch mal darauf hin, dass es sich um Anweisungsbeschlüsse handelt, die die Gesellschaften betreffen und dass die Prüfberichte lediglich ergänzende Informationen enthalten, diese aber nicht Gegenstand der Vorlage seien, über die abgestimmt wird. Herr Schlimme bietet seitens der Verwaltung an, für etwaige Rückfragen zu den Prüfberichten zur Verfügung zu stehen.

Vertagung der Tagesordnungspunkte 29-36:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 2 Dagegen: 10 Enthaltungen: 1

Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

Öffentlicher Teil:

16. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

17. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 09.05.2019

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

18. Mitteilungen (Personal)

18.1. Personalkostenhochrechnung April 2019

19-11024

Ergebnis: Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Ergebnis: Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

19. Anträge (Personal)**19.1. Saisonkräfte dauerhaft einstellen
Antrag der Fraktion DIE LINKE.****19-10847**

Ratsherr Sommerfeld erläutert den Antrag. Stadtrat Ruppert erklärt, dass es sich bei den Tätigkeiten um freiwillige Aufgaben handle und die Verwaltung beabsichtige, mit Blick auf die Haushaltssituation, am derzeitigen Verfahren festzuhalten.

Ergebnis: passieren lassen (11/0/2)

**19.1.1. Saisonkräfte dauerhaft einstellen
Stellungnahme der Verwaltung****19-10847-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

20. Versetzung eines Beamten in den Ruhestand**19-10950****Beschluss:**

Herr Stadtrat Claus Ruppert, Leiter des Dezernates II Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernat, wird auf seinen Antrag mit Ablauf des 31. März 2020 in den Ruhestand versetzt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**21. Berufung von 5 Ortsbrandmeistern und von 2 Stellvertretenden
Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis****19-10639****Beschluss:**

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Harxbüttel	Ortsbrandmeister	Maretski, Andreas
2	Querum	Ortsbrandmeister	Bukvic, Mirnes
3	Timmerlah	Ortsbrandmeister	Samlowitz, Jörg
4	Timmerlah	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Bellger, Ralf
5	Stiddien	Ortsbrandmeister	Wegat, Carsten
6	Wenden	Ortsbrandmeister	Germershausen, Detlef
7	Wenden	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Brünig, Dennis

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

22. Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Einstellungsjahr 2020**19-11045**

Stadtrat Ruppert erläutert, dass die Verwaltung beabsichtige, die Überbedarfsausbildung im gewerblichen Bereich ab dem Jahr 2020 nicht mehr durchzuführen, da eine Bedarfslage nicht mehr gegeben sei. Nachfragen bei der Industrie- und Handelskammer und beim Job-

center haben ergeben, dass es in Anbetracht rückläufiger Zahlen von Schulabgängern nicht mehr gerechtfertigt sei, dass die Stadt in Konkurrenz zur freien Wirtschaft stehe. Hieraus lassen sich langfristig Einsparungen in Höhe von 850.000 € erzielen. Ratsherr Sommerfeld fragt welche Größenordnung von Jugendarbeitslosigkeit in der Vergangenheit zu einer Überbedarfsausbildung geführt hat. Stadtrat Ruppert sagt eine Beantwortung zur Sitzung des Verwaltungsausschusses zu.

Ergebnis: passieren lassen (13/0/0)

23. Unterstützende Maßnahmen zur Reduktion der hohen Schwarzwildbestände 19-10597

Beschluss:

1. Zur Förderung der Fallenjagd beschafft die Stadt eine mobile Kastenfalle und stellt diese der Jägerschaft leihweise zum Einsatz in ausgewählten Braunschweiger Jagdrevieren zur Verfügung.

2. Die dieser Vorlage anliegende Richtlinie wird hiermit beschlossenen. Nach ihrer Maßgabe wird künftig für im Stadtgebiet Braunschweig erlegte Frischlinge mit einem Gewicht bis zu 15 kg auf Antrag eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 50,00 € je Stück gewährt.

Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 1 Enthaltungen: 1

24. Anfragen (Personal)

24.1. Sachgrundlos befristete Stellen bei der Stadt und ihren Gesellschaften 19-10915
Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Ergebnis: Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 19-10915-01 beantwortet.

24.1.1. Sachgrundlos befristete Stellen bei der Stadt und ihren Gesellschaften 19-10915-01

Ergebnis: Die Stellungnahme wird von der Verwaltung verlesen und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

25. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

26. Mitteilungen (Finanzen)

26.1. Mündliche Mitteilung: Sachstand zur Grundsteuerreform

Erster Stadtrat Geiger weist auf die negativen Auswirkungen für die Kommunen hin, solange keine erneute gesetzliche Regelung zur Thematik der Grundsteuer seitens des Bundes erfolgt. Eine parteiübergreifende Geschlossenheit sei zu diesem Punkt unabdingbar.

27. Anträge (Finanzen)

**27.1. Stromsperrn für Kinder und Kranke verhindern
Antrag der Fraktion DIE LINKE.**

19-11011

Siehe 27.1.1

**27.1.1. Änderungsantrag zu Stromsperrn für Kinder und Kranke verhindern (19-11011)
Interfraktioneller Antrag der Fraktionen DIE LINKE., SPD, Bündnis 90-DIE GRÜNEN**

19-11066

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake stellt fest, dass der Antrag 19-11011 aufgrund des Änderungsantrages 19-11066 hinfällig ist und stellt sodann den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 18-11066:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Braunschweig lehnt es grundsätzlich ab, dass Haushalte mit Kindern unter 9 Jahren oder schwer kranken Menschen von der Energieversorgung abgeschnitten werden. Er bittet die Verwaltung die folgenden Maßnahmen in Abstimmung mit BS Energy und dem Jobcenter Braunschweig zu prüfen und dem Rat nach der Sommerpause eine Beschlussvorlage zuzuleiten.

1. Sobald bei BS Energy Erkenntnisse vorliegen, dass von einer möglichen Sperrung von Strom, Wasser oder Gas Haushalte mit Kindern unter 9 Jahren oder Menschen mit schweren Erkrankungen wie z.B. künstliche Niere oder künstliche Beatmung betroffen sind, soll von einer Sperrung grundsätzlich abgesehen werden.

2. Das Jobcenter Braunschweig soll zukünftig die Bedarfsgemeinschaften erfassen, die von einer Sperrung von Strom, Wasser oder Gas betroffen sind. Wenn in diesen Bedarfsgemeinschaften Kinder unter 9 Jahren oder Menschen mit schweren Erkrankungen wie z.B. künstliche Niere oder künstliche Beatmung leben, sie Kunden von BS Energy sind und mit der Übermittlung ihrer Daten an BS Energy einverstanden sind, soll eine Übermittlung dieser Fälle an BS Energy erfolgen.

3. Die Verwaltung wird gebeten, alle ihr bekannt werdenden Haushalte, bei denen eine Sperrung von Strom, Wasser oder Gas nicht verhindert werden kann, in denen Kinder unter 9 Jahren oder Menschen mit schweren Erkrankungen wie z.B. künstliche Niere oder künstliche Beatmung leben, sie Kunden von BS Energy sind und mit der Übermittlung ihrer Daten an BS Energy einverstanden sind, an BS Energy zu melden.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**27.2. Unterstützung der zivilen Seenotrettung
Dringlichkeitsantrag der Fraktion P²**

19-11094

Im Hinblick auf eine Berücksichtigung im Prüfauftrag fragt Ratsherr Rosenbaum, ob die Stadt hinsichtlich einer Spendenabzugsfähigkeit in diesem Fall auch die Gemeinnützigkeit der Spenden bestätigen könnte. In diesem Zusammenhang verweist er auf Vorgänge der Vergangenheit bezüglich der Gemeinnützigkeit im Rahmen der Aufstellung der Reiterstandbilder vor dem Schloss zu bescheinigen bzw. entsprechende Spendenbescheinigungen auszustellen.

3. den Konzernabschluss 2018 mit einer Konzernbilanzsumme von 306.852.363,16 € sowie einem Konzernjahresfehlbetrag von 4.397.706,05 € zu billigen."

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

30. Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH 19-10709
Jahresabschluss 2018 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

31. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH 19-10724
Jahresabschluss 2018 - Feststellung

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss 2018, der einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 452.108,02 € ausweist, wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 452.108,02 € wird mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren in Höhe von 4.069.151,93 € verrechnet, sodass ein Gewinnvortrag in Höhe von 3.617.043,91 € verbleibt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

32. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH 19-10725
Jahresabschluss 2018 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird angewiesen, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**33. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der Braunschweiger
Versorgungs-AG & Co. KG**

19-10803

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG folgenden Beschluss zu fassen:

Der vorgelegte Jahresabschluss 2018, der mit der Gutschrift des Jahresüberschusses in Höhe von 22.302.760,14 € auf Gesellschafterkonten ausgeglichen ist und einen Bilanzgewinn von 0,00 € ausweist, wird festgestellt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

**34. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
1. Jahresabschluss 2018 der Braunschweiger Versorgungs-AG &
Co. KG
- Entlastung der Geschäftsführung
2. Jahresabschluss 2018 der Braunschweiger Versorgungs-Ver-
waltungs-AG
- Verwendung des Bilanzgewinns
- Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand**

19-10804

Beschluss:

„1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG als Geschäftsführerin der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

2. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Hauptversammlung der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG folgende Beschlüsse zu fassen:

- Dem Vortrag des Bilanzgewinns in Höhe von 310.470,67 € auf neue Rechnung wird zugestimmt.
- Dem Aufsichtsrat und den Mitgliedern des Vorstandes wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

**35. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und des Konzernabschlusses 2018**

19-10636

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss 2018 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 25.988.631,56 € und weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 0,00 € aus.
2. Der Konzernabschluss 2018 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 25.988.631,56 € und weist einen Konzernbilanzverlust in Höhe von 2.381.236,44 € aus.
3. Die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Jahresabschluss 2018 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 96,68 € und weist einen Bilanzverlust in Höhe von 0,00 € aus.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

**36. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
Jahresabschluss 2018 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung**

19-10637

Beschluss:

„I. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.
 2. Herrn Andreas Ruhe wird für seine Tätigkeit als Geschäftsführer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 Entlastung erteilt.
 3. Frau Maren Sommer-Frohms wird für ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 30. November 2018 Entlastung erteilt.
- II. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Geschäftsführer wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

37. Haushaltsvollzug 2019

19-10738

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Auf Wunsch des Rats Herrn Sommerfeld erfolgt eine getrennte Abstimmung über die Beschlusspunkte der Vorlage 19-10738 (lfd. Nr. 1-4), der 1. Ergänzungsvorlage 19-10738-01 (lfd. Nr. 5) und der 2. Ergänzungsvorlage 19-10738-02 (lfd. Nr. 6-8).

Ratsherr Sommerfeld erfragt, wer die überplanmäßigen 500.000€ für die Sanierung der Stadthalle im Detail erhält.

Herr Schlimme erläutert, dass ein Teil für die Rechtsberatung bei der elektronischen Vergabe benötigt werde. Des Weiteren ergeben sich höhere Anforderungen und damit auch höhere Planungskosten aufgrund des Denkmalschutzstatus der Stadthalle.

Die Kosten verteilen sich ca. zu 1/3 an PD und 2/3 für die technische Planung.

Gleichzeitig weist Herr Schlimme darauf hin, dass es am 11. Juli 2019 eine Infoveranstaltung zum Thema "Sanierung der Stadthalle" geben wird, die Einladung erfolgt kurzfristig.

Beschluss (geändert):

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Zur der Vorlage 19-10738 (lfd. Nr. 1-4) Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

1. Ergänzungsvorlage 19-10738-01 (lfd. Nr. 5) Dafür: 10 Dagegen: 1 Enthaltungen: 2

2. Ergänzungsvorlage 19-10738-02 (lfd. Nr. 6-8) Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

37.1. Haushaltsvollzug 2019

19-10738-01

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Auf Wunsch des Rats Herrn Sommerfeld erfolgt eine getrennte Abstimmung über die Beschlusspunkte der Vorlage 19-10738 (lfd. Nr. 1-4), der 1. Ergänzungsvorlage 19-10738-01 (lfd. Nr. 5) und der 2. Ergänzungsvorlage 19-10738-02 (lfd. Nr. 6-8).

Abstimmungsergebnis:

Zur der Vorlage 19-10738 (lfd. Nr. 1-4) Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

1. Ergänzungsvorlage 19-10738-01 (lfd. Nr. 5) Dafür: 10 Dagegen: 1 Enthaltungen: 2

2. Ergänzungsvorlage 19-10738-02 (lfd. Nr. 6-8) Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Auf Wunsch des Rats Herrn Sommerfeld erfolgte eine getrennte Abstimmung über die Beschlusspunkte der Vorlage 19-10738 (Ifd. Nr. 1-4), der 1. Ergänzungsvorlage 19-10738-01 (Ifd. Nr. 5) und der 2. Ergänzungsvorlage 19-10738-02 (Ifd. Nr. 6-8).

Abstimmungsergebnis:

Zur der Vorlage 19-10738 (Ifd. Nr. 1-4) Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

1. Ergänzungsvorlage 19-10738-01 (Ifd. Nr. 5) Dafür: 10 Dagegen: 1 Enthaltungen: 2

2. Ergänzungsvorlage 19-10738-02 (Ifd. Nr. 6-8) Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

38. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2.000 €

19-10707

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

39. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

19-10708

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

40. Resolution zur Sicherung der Grundsteuer

19-11109

Auf Wunsch des Rats Herrn Böttcher erfolgte eine getrennte Abstimmung über die Beschlusspunkte Ifd. Nr. 1-4 und Ifd. Nr. 5-7 des Beschlussvorschlages.

Erster Stadtrat Geiger erläutert die Resolution zur Sicherung der Grundsteuer und weist zugleich darauf hin, dass der Beschlusstext ein Vorschlag vom NST sei und dieser aus seiner Sicht im Interesse der Geschlossenheit möglichst ohne Änderungen beschlossen werden solle. Der Ausschussvorsitzende Herr Flake teilt diesen Vorschlag.

Beschlusspunkte der Vorlage 19-11109 Ifd. Nr. 1-4

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 2 Enthaltungen: 2

- 16

44.1. Bodenvorratspolitik - Welche Behauptung der Verwaltung ist richtig? **19-10985**
Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Ergebnis: Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 19-10985-01 beantwortet.

44.1.1. Bodenvorratspolitik - Welche Behauptung der Verwaltung ist richtig? **19-10985-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme wird von der Verwaltung verlesen und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

44.2. Heizen mit Strom **19-11083**
Anfrage der Fraktion BIBS

Ergebnis: Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 19-11083-01 beantwortet.

44.2.1. Heizen mit Strom **19-11083-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme wird von der Verwaltung verlesen und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

44.3. Finanzierung der Neuinvestitionen von BS-ENERGY **19-11084**
Anfrage der Fraktion BIBS

Ergebnis: Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 19-11084-01 beantwortet.

44.3.1. Finanzierung der Neuinvestitionen von BS-ENERGY **19-11084-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme wird von der Verwaltung verlesen und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Gez.
Flake
Vorsitzender

Gez.
Geiger
Erster Stadtrat

Gez.
Roßmann
Schriftführer Finanzen

Gez.
Ruppert
Stadtrat

Gez.
Schmidt
Schriftführerin Personal